

Frankfurter Rundschau

FR / 25.10.2017

Protest am Herrngarten

Darmstadt Bürgerinitiative kritisiert mangelnde Beteiligung Die Interessengemeinschaft zum Umbau von Bismarckstraße, Willy-Brandt-Platz und Frankfurter Straße (IG3) will am Samstag, 28. Oktober, von 12 bis 13 Uhr am Eingang zum Herrngarten ordentlich Lärm machen. Die Bürgerinitiative will mit Pappautos, Fahrrädern und Fußgängern, einer Ampel und falschen Polizisten simulieren, wie die Verkehrssituation rund um den Platz nach einem Umbau aussehen würde.

Es bleibe zweifelhaft, ob es sich „bei einer der größten und teuersten Infrastrukturmaßnahmen Darmstadts wirklich um einen großen Wurf handelt“, kritisiert die IG3, die der Stadt vorwirft, sie lasse den Konflikt mit den Anwohnern eskalieren. Diese hatten im Juni mehr als 300 Unterschriften an OB Jochen Partsch und Baudezernentin Barbara Boczek (beide Grüne) übergeben und eine Bürgerbeteiligung gefordert. Am heutigen Mittwoch um 17.30 Uhr beschäftigt sich der Bauausschuss im Großen Sitzungssaal der Stadtbauverwaltung sowie am 7. November das Stadtparlament mit dem Antrag auf Bürgerbeteiligung.

Die Stadt weigere sich „konsequent, mit den Bürgern in einen Dialog zu treten“, behauptet die IG3. Die Planung sei „ohne jede Beteiligung der betroffenen Bürger durchgeführt“ worden. Allerdings räumt die BI selbst ein, dass die Stadt schon am 20. Mai 2016 eine Informationsveranstaltung angeboten habe und dass Vertreter der Stadt auch Anfang des Jahres an einer von der IG3 organisierten Veranstaltung teilgenommen hätten. Die Änderungsvorschläge der IG3 seien der Stadt aber „nur ansatzweise bekannt“. „Wir werden unsere Vorschläge und Forderungen in den nächsten Tagen komplett zusammenstellen, an die Stadt schicken und öffentlich machen“, schreibt Initiativensprecher Georg Dombrowe.

Stadträtin Boczek wies gegenüber der FR den Vorwurf zurück, sie verweigere sich einem Dialog. Erst Anfang Oktober habe sie in einem Schreiben an die IG3 bekräftigt, dass deren Forderungen und Vorschläge von der Stadt „geprüft und abgewogen“ würden. Andererseits sei Stadtplanung auch „kein Wunschkonzert“, so Boczek. aph/jjo